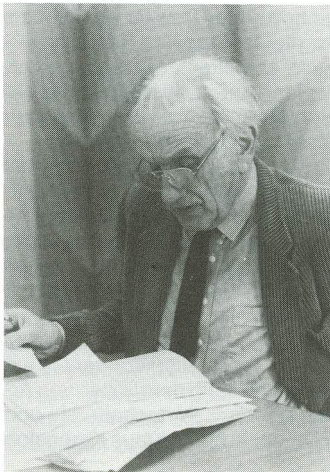




Helmut Stahlmann Bürgermeisterkandidat

Einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten wurde Helmut Stahlmann gewählt. Er ist vielen bekannt als Rektor der Realschule und auch als langjähriger Bürgermeister von Alt-Georgsmarienhütte. Neben seiner Tätigkeit im Rat als Fraktionsvorsitzender der SPD widmet sich Helmut Stahlmann einer Reihe von Hobbys. So treibt er unter anderem häufig Sport und fährt, so oft er kann, mit dem Fahrrad zu Sitzungen oder zur Schule. Wer ihn noch nicht kennen sollte – hier ein Bild von ihm:



Kommunalwahl 5. Oktober 1986 Das sind Ihre Kandidaten von der SPD:

Wahlbezirk I

Alt-GMHütte, Holzhausen

1. Helmut Stahlmann
2. Oskar Hummel
3. Karin Samarowski
4. Bernhard Wrocklage
5. Manfred Bolte
6. Friedel Lauxtermann
7. Bernd Völkel
8. Horst Möllenkamp
9. Harry Brunsmann
10. Karl-Heinz Diekmann
11. Eckhard Krauß
12. Rudi Glasmeier
13. Peter Buck

Wahlbezirk II

Oesede

1. Dieter Selige
2. Annerose Brouwer
3. Rainer Korte
4. Hermann Raufhake
5. Hartmut Klipsch
6. Ulrike Altenbernd
7. Detlef Hengelbrock
8. Friedel Klekamp
9. Friedel Timmermann
10. Peter Kreipe
11. Johannes Magnus
12. Hans Szypulski

Wahlbezirk III

Kloster Oesede, Harderberg

1. Josef Niemann
2. Peter Kompa
3. Klaus Kraegeloh

4. Dr. Inge Schellong

5. Franz Hüsing

6. Rudi Bünte

7. Briete Schütz

8. Johanna Hüntelmann

Inhalt:	Seite
Situation an der Kreuzung Hindenburgstraße muß verbessert werden!	2
Rettet die Düte!	2
Sandkämper für Einschränkung des Streikrechts!	2
Zur Diskussion gestellt: Bodenschutz in GMHütte	3
Tennenplatz (Hartplatz) im Stadtteil Holzhausen	3
Öffentlicher Personennahverkehr	4
Wo kauft der GMHütter Bürger ein?	4
Ausweisung von Sondergebieten in Harderberg	4
SPD-Fraktion gegen Privatisierung bei der Reinigung von öffentlichen Gebäuden	4
Kulturbegegnungsstätte in Alt-GMHütte	5
Neue Armut – Sozialabbau	5
Verbilligte Schülerkarten im Winter!	5
Wahlen zeigen: Wende bald am Ende!	6
Widersprüche künftig kostenpflichtig!	7
Einladung zum Tanz in den Mai	7
Albrechts Glücksbringer sind waschechte „Rau-Länder“	7
Arbeiterwohlfahrt (Anzeige)	8

Situation an der Kreuzung Hindenburgstraße muß verbessert werden!



Unser Foto zeigt die Kreuzung von der Oberen Findelstätte aus.

Die SPD-Fraktion besichtigte diese Kreuzung auf ihrer vorletzten Fraktionssitzung und stellte dabei einige besonders kritische Punkte heraus, die verbessert werden sollten:

- Gefällstrecke Obere Findelstätte (besonders bei Glätte!)
- Ein Witz: die Linksabbiegespur zum zukünftigen Zentrum
- fehlender Fußgängerüberweg an der Parkstraße

- Viel zu enger Fußweg mit parallelen Parkstreifen in Höhe des Geschäftes Hagemann
 - Lange Ampelwartezeiten in verkehrssarmer Zeit (Abgase!)
 - Straßenführung für Busse und LKW sehr schwierig
- Experten haben die Kreuzung in dem jetzigen Zustand geplant. Wir wollen hoffen, daß sie auch in der Lage sind, entsprechende Verbesserungen zu erarbeiten!
- Klaus Kraegeloh

Rettet die Düte!

Zu den Gebieten unserer Stadt, deren Erhaltung dringend notwendig ist, zählen Teiche, Flußläufe und Feuchtwiesen. Besonders das Tal der Düte ist in diesem Zusammenhang wichtig. Eine Projektgruppe der Universität hat erst jüngst Vorschläge gemacht, wie unser wichtigster Flußlauf gerettet werden kann. Bei der Untersuchung wurden erhebliche Schwermetallablagerungen (Blei, Zink, Cadmium) entdeckt. Ein Teil des Dütewassers besteht darüber hinaus aus mehr oder weni-

ger ungereinigtem Abwasser. Unterhaltungsmaßnahmen und Eingriffe in den Grundwasserstand gefährden die Düte darüber hinaus.

Die Projektgruppe hat einige Maßnahmen vorgeschlagen, die der Düte einen verbesserten Naturhaushalt bescheren würden:

- Regenrückhaltung durch Überschwemmungszonen
- Verminderte landwirtschaftliche Nutzung der Flußauze
- Ufergehölze statt Steinschüttungen beim Gewässerausbau
- Wiederherstellung natürlicher Flußbiegungen (Mäander)

- Ausweisung von Naturschutzgebieten in der Flußauze

Wie bei der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten hat sich die CDU-Mehrheitsfraktion in der Vergangenheit häufig gegen die Belange des Naturschutzes gestellt. Wollen wir hoffen, daß sie ihre Meinung endlich ändert, wenn es um unsere letzten Feuchtgebiete in GMHütte geht.

Klaus Kraegeloh

Sandkämpfer für Einschränkung des Streikrechts!

Auf einer CDU-Versammlung in Wittlage meinte der Landtagsabgeordnete Sandkämpfer: „Das Streikrecht wird von niemandem angetastet“. Die Arbeitnehmer würden von DGB und IG Metall „irreführt“.

Da muß man sich wirklich fragen, warum die CDU unmittelbar nach den Arbeitskämpfen von 1984 – mit fünfmal so vielen Ausgesperrten wie Streikenden – den Paragraphen 116 AFG ändern wollte, wenn sie dabei nicht das Streikrecht (besser: die Streikfähigkeit) einschränken wollte? Angeblich geht es ihr um die „Neutralität“ der Bundesanstalt für Arbeit. Diese Neutralität hatte Herr Franke schon unter Beweis gestellt, als er die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar Betroffene verweigerte. Erst durch Gerichtsbeschluß konnte er seinerzeit zur Zahlung verpflichtet werden. Zur Neutralität nur ein Hinweis: Sowohl Zahlung als auch Nichtzahlung bedeuten Einflußnahme auf einen Arbeitskampf. Wer schützt die Arbeitnehmer gegen die willkürliche Aussperrung? Man kann es drehen wie man will: die CDU – und in GMHütte allen voran Herr Sandkämpfer – hat sich eindeutig dem Willen von Arbeitgebern, Wirtschaftsrat und FDP gebeugt. Klaus Kraegeloh

Zur Diskussion gestellt: Bodenschutz in GMHütte

Ein Umweltproblem größten Ausmaßes stellt die Belastung des Bodens dar: 50.000 bis 60.000 Müllkippen in der BRD (sogenannte Altlasten), von denen vermutlich Tausende extrem gefährliche Stoffe beinhalten; steigende Nitratwerte im Boden und im Trinkwasser; bundesweit eine Erschwerung der Trinkwassererneuerung; Vergiftung durch Pestizide und andere gefährliche Stoffe; weiterhin eine Bebauung, die täglich etwa 150 Hektar landwirtschaftliche und naturnahe Flächen zerstört . . .

Auch hier in GMHütte haben wir einen Teil dieser Probleme bzw. werden sie noch bekommen. Einige Vorschläge für kommunale Maßnahmen zum Bodenschutz seien an dieser Stelle zur Diskussion gestellt:

1. Keine weitere Bebauung in die freie Landschaft mehr! Falls Bebauung, darf diese nur noch im Zusammenhang bebauter Ortsteile stattfinden.
2. Schluß mit dem Straßenbau außerhalb geschlossener Ortschaften! Wir benötigen sicherere, z. B. verkehrsberuhigte Straßen, schmalere Straßen, aber keine neuen Straßen mehr.
3. Unterschutzstellung einzelner Landschaftsbestandteile in GMHütte (ist von der CDU-Mehrheit im Umweltausschuß verhindert worden!).
4. Verbot der Verwendung von Pestiziden durch den städtischen Bauhof (ist von der CDU-Mehrheit im Umweltausschuß wieder rückgängig gemacht worden).
5. Bei allen Baumaßnahmen ist in Zukunft eine Bodenverträglichkeitsprüfung vorab durchzuführen.
6. Erstellung eines Bodenkatasters für ganz GMHütte, um einen Überblick über Ausmaß und Intensität der Bodenbelastungen zu erhalten.

7. Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten für Regenwasser auf den privaten und städtischen Grundstücken.
8. Maßnahmen zum Erhalt von Wallhecken und Feldgehölzen (z. B. durch kommunalrechtliche Maßnahmen).

Diese Vorschläge werden z. Zt. auch in der SPD-Fraktion diskutiert; alle Bürger sollten dazu Stellung nehmen und ihrerseits Vorschläge machen.

Auch unsere Kinder und Kinderkinder haben Anspruch auf eine intakte Umwelt! Wir können nicht so tun, als ob Grund und Boden, Natur und Landschaft, saubere Luft und sauberes Wasser beliebig vermehrbare wären.

Bisher spielte eine solche zukunftsorientierte Denkweise in der GMHütter Kommunalpolitik kaum eine Rolle.

Es wird Zeit, daß sich dies ändert.

Rainer Korte

Tennenplatz (Hartplatz) im Stadtteil Holzhausen

Vor vielen Jahren wurde den Mitgliedern des Ballsportvereins Holzhausen e. V. auf einer Jahreshauptversammlung von einem Spitzenpolitiker der Stadt Georgsmarienhütte fest zugesagt: „In 2 Jahren habt ihr euren Tennenplatz.“

Zwischen gesagt und getan liegt ein weiter Weg.

Inzwischen sind schon mehr als ein halbes Jahrzehnt vergangen, und der BSV Holzhausen wartet immer noch auf einen Tennenplatz. Hier stellt sich die Frage: „Woran liegt das?“

Im Juni 1985 faßte der Ausschuß für Jugend und Sport des Rates

der Stadt Georgsmarienhütte in einer öffentlichen Sitzung den Beschluß, daß der Tennenplatz im Stadtteil Holzhausen errichtet werden solle, und die Verwallung wurde gebeten, mit den Grundstücksverhandlungen zu beginnen.

Leider kam die Verwallung dieser Bitte des Ausschusses nicht nach. Sie begründete ihre Tatenlosigkeit damit, daß für den Ankauf von Flächen für einen Tennenplatz keine Geldmittel im Etat der Stadt für 1985 eingeplant waren. An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den anfangs erwähnten Spitzenpolitiker zurückkommen und erläutern, was ihn zu seiner Zusage zum Tennenplatz veranlaßt haben könnte.

Zur damaligen Zeit wurden mit einem Landwirt aus dem Stadtteil Holzhausen Grundstücksverhandlungen um einen Tennenplatz geführt. Zu dieser Zeit standen auch keine Geldmittel im Etat der Stadt Georgsmarienhütte für derartige Grundstückskäufe zur Verfügung, es wurde aber trotzdem verhandelt.

Leider hat seinerzeit der Landwirt den Grundstückserwerb für einen Tennenplatz aus betrieblichen Gründen abgelehnt, wie er mir nachträglich sagte.

Nun hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte im Haushaltsplan für 1986 für einen Tennenplatz im Stadtteil Holzhausen 250.000 DM in Ansatz gebracht und eine Verpflichtungsermächtigung von weiteren DM 500.000.

Am 5. Oktober 1986 finden wieder Gemeinde- und Stadtratswahlen statt. Wenn dann die Wahl vorbei ist, können die für 1986 eingesetzten, aber nicht in Anspruch genommenen Geldbeträge bei den Haushaltsberatungen für 1987 wieder anderweitig verplant werden.

Ein schlechter Politiker verspricht viel und hält wenig, ein guter Politiker verspricht wenig, aber hält, was er verspricht.

Bernhard Wrocklage

Öffentlicher Personen-nahverkehr

Auf Wunsch aller Fraktionen hat sich im Rat eine Arbeitsgruppe zum öffentlichen Personennahverkehr in GMHütte gebildet. 3 CDU-, 2 SPD- und 1 UWG-Vertreter wollen ein Konzept zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs entwickeln. Die SPD-Vertreter gingen mit folgenden Vorschlägen in die erste Sitzung der Arbeitsgruppe:

1. Schaffung eines Bus-Taktsystems in Richtung Osnabrück und umgekehrt.
2. Schaffung eines Anschlußsystems (z. B. durch einen Kleinbus-Ringverkehr) zum regelmäßigen Anschluß an obiges Taktsystem.
3. Das Angebot eines sogenannten Umweltabos: eine übertragbare Monatskarte, die die Verbindung innerhalb von GMHütte und von GMHütte nach Osnabrück bzw. umgekehrt ermöglicht.
4. Verbilligte Familienfahrten (heute zahlt eine Familie mit 2 Kindern für Hin- und Rückfahrt von Oesede nach Osnabrück bspw. 14,40 DM; da ist die Fahrt mit dem Auto allemal billiger!)
5. Prüfung der Anschlußmöglichkeiten an das System der Stadtwerke Osnabrück.

In der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe herrschte eine sehr konstruktive Atmosphäre, die durch konkrete Vorschläge von allen 3 Fraktionen bestimmt war. So bleibt zu hoffen, daß ein breiter Konsens zu einem realisierbaren Konzept führt, das eine nachhaltige Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs mit sich bringt.

Rainer Korte

Wo kauft der GMHütter Bürger ein?

Die Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsprojekten in Georgsmarienhütte (Gewerbegebiet Osterheide), die von der SPD aufgrund der gegebenen Umstände leider nicht verhindert werden konnte, wird die Infrastruktur der Stadtteilkerne nicht unerheblich beeinflussen. Um weitere Fehlentwicklungen zu vermeiden und Investitionen an der richtigen Stelle und am richtigen Ort zu tätigen, ist es notwendig, nicht nur eine Bestandsaufnahme der Einzelhandelsstruktur zu erstellen, sondern auch zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu beschreiben. Das soll durch eine Strukturuntersuchung geschehen, bei der Befragungen der Unternehmen, der Einzelhändler und der Verbraucher die Grundlage der Untersuchung bilden.

Die Stadt erhofft sich von dem Ergebnis wichtige Hinweise für die weitere städtebauliche Entwicklung.

Helmut Stahlmann

SPD-Fraktion gegen Privatisierung bei der Reinigung von öffentlichen Gebäuden.

Die Reinigung von öffentlichen Gebäuden – besonders von Schulen – wird gegen den Willen der SPD-Fraktion immer mehr Privatfirmen übertragen.

Diese Firmen stellen in der Regel sog. 400-DM-Arbeitskräfte ein. Das heißt, daß weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer Sozialversicherungsbeiträge (Rentenversicherungs-, Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge) zahlen müssen.

Ausweisung von Sondergebieten in Harderberg

Der kommunalpolitische Juckepunkt und Dauerbrenner ließ erneut die Wogen im Planungsausschuß hochgehen, als durch eine Anfrage bekannt wurde, daß die Verwaltung bei der Änderung des Bebauungsplanes mindestens vier Monate ungenutzt verstreichen ließ.

Nachdem daraufhin von SPD-Ratsherren ein Zeitplan verlangt wurde, der sicherstellt, daß innerhalb der Zurückstellungsfrist von Baugesuchen das Änderungsverfahren abgeschlossen ist, ergab sich, daß nur noch durch die Anberaumung von Sondersitzungen die Frist eingehalten werden kann; dies jedoch nur dann, wenn keine verfahrensrechtlichen Verzögerungen eintreten. Es bleibt abzuwarten, ob es der Ratsmehrheit (SPD-Fraktion, UWG-Fraktion und Teile der CDU-Fraktion) gelingt, die Bebauungsplanänderung durchzusetzen.

Dieter Selige

Kulturbegegnungsstätte in Alt-GMHütte



Unser Foto zeigt die beiden Hüttenhäuser auf der östlichen Seite der ehemaligen Glückaufstraße.
Foto: Kraegeloh

Herr Schmigelski hat recht: Wir haben in GMHütte schon viel zerstört, um neuen Häusern, Straßen und Parkplätzen Platz zu machen. Neben den Sünden in Alt-GMHütte wurde auch der schöne Marktplatz auf der Karolinenhöhe in Oesede ein Opfer der Strategie: „Das Alte ist häßlich und muß weg!“

Vielleicht gelingt es uns, die vier Hüttenhäuser am Kasino zu erhalten. Dazu muß eine sinnvolle Nutzung gefunden werden. Eine Kulturbegegnungsstätte in Alt-GMHütte wäre eine Möglichkeit, um verschiedenen Gruppen oder Vereinen Räumlichkeiten zu geben, in denen sie sinnvoll kultu-

relle Arbeit leisten: Von der Musikschule angefangen über den örtlichen Kunstverein, die Volkshochschule, verschiedene Musikgruppen, einzelne Künstler bis hin zu Ausstellungen, die in der Villa Stahmer nicht genügend Platz finden.

Wir unterstützen Herrn Schmigelski ausdrücklich, wenn wir auf zwei unverzichtbare Forderungen hinweisen:

1. Eine rein kommerzielle Nutzung (Privatisierung) bleibt ausgeschlossen.
2. Die Stadt muß in einem zu bildenden Trägerverein sowohl über Nutzung als auch Gestaltung der Gebäude die Aufsicht behalten.

Wir meinen, daß es nicht genügt, die Gebäude einer einzigen Gruppe zu überlassen, die mit ihnen machen kann, was sie will. Die Kulturbegegnungsstätte muß ein Zentrum für alle Bürger werden.

Klaus Kraegeloh

Verbilligte Schülerkarten im Winter!

Immer wieder hören wir Klagen besorgter Eltern, daß Schulbusse vor der Haustür halten, aber wegen zu hoher Fahrpreise nicht benutzt werden. Die SPD schlägt daher vor, Zehnerkarten verbilligt anzubieten. Es bliebe der Entscheidung der Eltern überlassen, ob und wann sie diese Möglichkeit für ihre Kinder in Anspruch nehmen, z. B. bei Schneefall, Glatteis, Regen, Sturm usw.

Wie zwischenzeitlich zu erfahren war, soll dieser Vorschlag an technischen Schwierigkeiten scheitern. Das halten wir für ziemlich unverständlich.

Klaus Kraegeloh

Neue Armut – Sozialabbau

Seit Jahren steigt die Zahl derjenigen, die von Armut und Unterversorgung betroffen sind. Der CDU-Generalsekretär und ehemalige Familienminister Heiner Geisler entwickelte sich in den 70er Jahren scheinbar zum Anwalt der Armen und machte unter dem Stichwort „Neue Soziale Frage“ auf Armutphänomene in der Bundesrepublik aufmerksam. Heute will Herr Geisler und mit ihm die gesamte CDU nichts mehr von Armut in „diesem unserem Lande“ wissen. Dabei hat seit der Wende von Bonn die Armut in der Bundesrepublik immer mehr Menschen erreicht. Die Zahl der

von Arbeitslosigkeit Betroffenen steigt ständig, und immer mehr Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Sozialhilfe im Landkreis Osnabrück, also auch die einfließenden Ausgaben von GMHütte, auf.

Ausgaben für Sozialhilfe:

1976 –	7.562.100 DM
1980 –	9.238.300 DM
1981 –	10.610.200 DM
1982 –	12.896.800 DM
1983 –	14.559.800 DM
1984 –	15.883.200 DM
1985 –	ca. 17.000.000 DM

Helmut Tolsdorf

Wahlen zeigen: Wende bald am Ende!

Bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hat sich der Trend fortgesetzt, der bei den Kommunalwahlen in Hessen sowie bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen sichtbar geworden ist: Die CDU hat einen großen Teil des Vertrauensvorschlusses, den ihr Wähler bei der Bundestagswahl am 6. 3. '83 eingeräumt haben, verspielt. Vertan durch eine Politik der Umverteilung von unten nach oben, durch eine Politik, die den abhängig Beschäftigten soziale Rechte wegnehmen will.

Durch eine Politik, die der Arbeitslosigkeit nicht entgegentritt, die die Arbeitslosigkeit vielmehr mißbraucht zur Begünstigung mächtiger und wohlhabender Minderheiten auf Kosten der breiten Schichten unseres Volkes. Die von CDU/CSU und FDP gestellte Bundesregierung hat eine Serie von in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Negativrekorden aufgestellt:

Über 3 Millionen Arbeitslose! 40% der registrierten Arbeitssuchenden erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe und sind entweder auf die Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen oder auf Sozialhilfe. Die Sozialhilfenaufwendungen vieler Kommunen haben sich infolgedessen fast verdoppelt. Die Lohnsteuerquote hat unter der CDU/CSU-Regierung den höchsten Stand seit 1949 erreicht und wird trotz der vielgepriesenen Steuerreform weiter ansteigen. Die Rentenversicherungsbeiträge hat die CDU/CSU-Regierung viermal erhöht. Die Rücklagen der Rentenversicherung sind seit Ende 1982 auf die Hälfte geschrumpft. 1985 hatte die Bundesrepublik einen absoluten Pleitenrekord von über 14.000 Unternehmenszusammenbrüchen, 15% mehr als 1984. Die Bundesregierung schickt

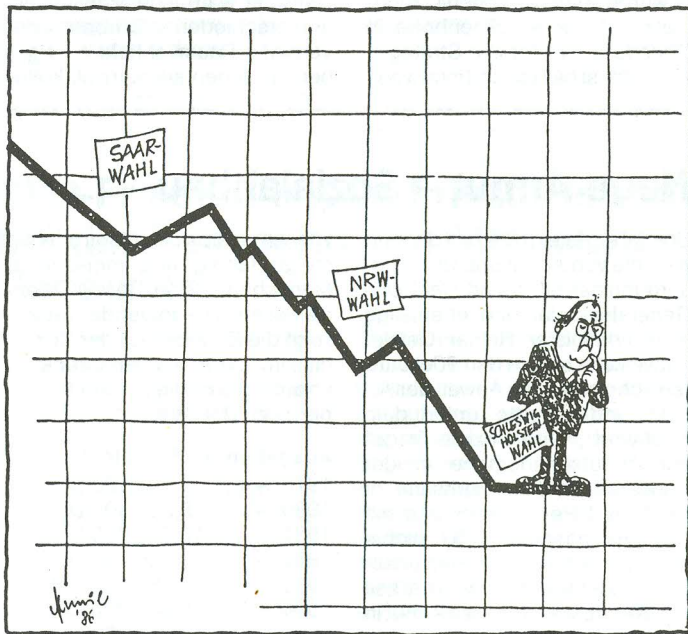
1.500 Offiziere mit hohen Abfindungen und hohen Pensionen in den Ruhestand, sie verweigert aber den vor 1921 geborenen Frauen die Anrechnung eines Kindererziehungsjahres auf die Rente. Die Bundesregierung hat die Vermögenssteuer gesenkt, gleichzeitig aber das Schüler-Bafög, das gerade für sozial schwache Familien von großer Bedeutung war, gestrichen. CDU/CSU/FDP wollen kalt ausgesperrten Arbeitnehmern ihre durch Beitragsleistungen erworbenen Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld wegnehmen und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften in Frage stellen. Sie tun das, um das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Nachteil der Arbeitnehmer zu verändern.

Die Regierung Kohl produziert überdies Skandale und Affären

am laufenden Band. Die Affären Wörner, Lambsdorff, Zimmermann, Schwarz-Schilling und Bönnisch sind nicht vergessen. Nicht vergessen wird auch, daß der CDU-Generalsekretär Geißler den Bundeskanzler wegen einer Aussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß damit zu entschuldigen versucht hatte, der Bundeskanzler habe wohl einen „Blackout“ gehabt.

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FdP maßen sich mehr und mehr an, den Deutschen Bundestag zum bloßen Vollzugsorgan ihrer Absprachen zu machen. Sie schreiben dem Deutschen Bundestag sogar vor, bis wann er seine Beratungen zu wichtigen Gesetzen abzuschließen habe. Die Folge ist, daß eine ordnungsgemäße Beratung im Deutschen Bundestag dann nicht mehr möglich ist. Darin liegt nicht nur eine Mißachtung des Deutschen Bundestages, sondern auch eine Schädigung der parlamentarischen Demokratie.

Alfred Emmerlich



Frankfurter Rundschau 4. 3. 1986

Widersprüche künftig kostenpflichtig!

Gegen den Willen der SPD und UWG beschloß die CDU-Mehrheit im Rat, daß künftig Widersprüche von Bürgern gegen Bescheide der Stadt kostenpflichtig werden. Die zahlreichen Widersprüche, die insbesondere bei Erschließungskostenabrechnungen eingehen, sollen auf diese Weise empfindlich reduziert werden. Kostenpflichtig sind allerdings nur diejenigen Widersprüche, die nicht oder nur teilweise Erfolg haben. Welcher Bürger weiß schon im vorhinein, ob sein Vorbringen, nach rechtlichen Kriterien beurteilt, anerkannt wird. Nicht jeder kann sich hierzu eine Rechtsberatung leisten.

*Einladung zum
Fanz in den Mai*

**„Kasino“ GMHütte
30. 4. '86, 20.00 Uhr**

**Eine Veranstaltung der
SPD Georgsmarienhütte**

Über den Erfolg oder Mißerfolg eines vom Bürger eingelegten Widerspruchs entscheidet der Verwaltungsausschuß. Da die Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung diesem mit Ratsherren besetzten Gremium kaum Spielraum einräumen, kommt es immer wieder gegenüber der Verwaltung zu gegensätzlichen Auffassungen bis hin zu Einsprüchen des Stadtdirektors gegen gefaßte Beschlüsse. Dem Bemühen von Ratsherren, dem Bürger zu helfen, sind somit sehr enge Grenzen gesetzt. Die beschlossene Einführung von Verwaltungskosten, zu deren Erhebung die Gemeinde nicht verpflichtet ist, verschlechtert noch die Lage des Bürgers, dessen Vorbringen einer rechtlichen Würdigung leider nicht standhält. Die Maßnahme zielt offenkundig darauf ab, dem Bürger das Einlegen von Widersprüchen zu erschweren, eine Abschreckung zu erreichen. Auch eine zusätzliche Vorankündigung, die dem eigentlichen Bescheid vorangehen soll, täuscht nicht darüber hinweg, daß es sich hier um eine bürgerunfreundliche Entscheidung der CDU-Fraktion handelt. Die Mög-

lichkeit der Rücksprache mit der Verwaltung innerhalb der Widerspruchsfrist war auch bisher gegeben und wurde genutzt. Dennoch kam es zu zahlreichen Widersprüchen.

Sicherlich ist gegen eine Verlängerung der Einwendungsfrist durch den sog. Vorbescheid von vier auf acht Wochen nichts einzuwenden. Doch die bittere Pille der Kostenpflicht macht diesen positiven Ansatz leider zunichte.

Dieter Selige

Albrechts Glücksbringer sind waschechte „Rau-Länder“

„Es geht uns gut. So soll es bleiben.“ Das verkünden in diesen Wochen zwei strahlende Schornsteinfeger auf Großflächenplakaten der CDU in Niedersachsen. Motto der Anzeigen-Kampagne: „Niedersachsen wählt das Glück“. CDU-Ministerpräsident Albrecht scheint für eine Wiederwahl auch viel Glück nötig zu haben. Die „Glücksbringer“ für sein Wahlplakat muß er auf jeden Fall schon importieren. Aus dem von ihm so oft als „Absteigerland“ titulierten Nordrhein-Westfalen nämlich. Die Plakat-Niedersachsen, denen es angeblich so gut geht, sind waschechte Rheinländer: Der Bezirksschornsteinfegermeister Roland Adams (30) aus Ratingen und sein nicht weniger glücklicher Lehrling. Auf diese Tatsache machte der Vater des Schornsteinfegers jetzt in einem Brief Johannes Rau aufmerksam, den er mit den Worten „Heute für Sie was zum Lachen“ einleitete und in dem er sich darüber amüsierte, daß die angeblichen Niedersachsen „ausgerechnet im Rau-Land zu Hause sind.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Höchstens daß sich Johannes Rau in seinem Antwortschreiben darüber freute, daß Nordrhein-Westfalen also nicht nur Stahl und Kohle, Umwelttechnologien und Kultur, sondern auch Glück nach Niedersachsen „exportiert“.

1986: Niedersachsen wählt das Glück.

Es geht uns gut.
So soll es bleiben.

Ja, Albrecht-Politik!



Arbeiterwohlfahrt Georgsmarienhütte



40 Jahre Arbeiterwohlfahrt Alt-Georgsmarienhütte

Am 31. 5. 1986 feiert die Arbeiterwohlfahrt Alt-GMHütte im Kasino-Hotel ihr 40jähriges Jubiläum.

In einem kurzen Rückblick auf 40 Jahre AWO-Arbeit stellte der 1. Vorsitzende, Willi Kobrig, fest, daß der Ortsverein von einem kleinen Personenkreis aufgrund der Not unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg gegründet wurde mit dem Ziel, den Mitbürgern – wo „Not am Mann“ war – zu helfen.

Dieser Grundsatz wird auch heute noch befolgt. Beispielsweise arbeiten die Frauen in der **Nähstube** für den „Werscher Berg“ sowie für den eigenen Weihnachtsbasar. Mit dem Erlös wird Bedürftigen geholfen. Nachstehend ein Überblick über weitere Hilfen für unverschuldet in Not geratene Mitbürger:

Beratung

Wenn z. B. Betroffene einmal über ihre Ängste und Sorgen reden wollen. Beratung bei Arbeitslosigkeit, Jugendarbeit, Beantragung von Kuren, Verschickungen von Kindern, Pflegehilfen usw.

Gruppenangebote

Wenn z. B. Krebskranke sich im Kreise Gleichbetroffener aussprechen wollen und Anregungen erhalten möchten.

Psychotherapeutische Hilfe

Wenn Betroffene unter schweren Depressionen (hervorgerufen durch Krankheit usw.) leiden und sich selbst aufgeben wollen.

Hilfe für Angehörige

Unterstützung der Familienmitglieder im Umgang mit Erkrankten.

Essen auf Rädern

Um dieses Programm auch zukünftig erfolgreich weiterführen zu können, betonte Herr Kobrig, ist der Verein auf die Hilfe der Mitbürger – vor allem auf **neue Mitglieder aller Altersgruppen** – angewiesen. Auch wäre es sehr schön, wenn noch einige **Frauen** in unserer **Nähstube** mitarbeiten würden.

Ihre Ansprechpartner sind:

Willi Kobrig

Am Rehlberg 16, Telefon 25 07

Wolfgang Kissing

Hans-Böckler-Straße 11, Telefon 27 16

Friedel Sorg

Wellenkampstraße 34, Telefon 21 95

Oskar Zöllner

Kohlgarten 8, Telefon 307 49

aus den Ortsvereinen – aus den Ortsvereinen – aus den Ortsvereinen

Haben Sie Wünsche, Anregungen oder Fragen, wenden Sie sich an:

Ortsverein Alt-GMHütte:

Willi Kobrig
Am Rehlberg 16
Telefon 25 07

Ortsverein Oesede:

Hartmut Klipsch
Schwedeldorfer Straße 24
Telefon 4 03 51

Ortsverein Kloster Oesede:

H. Hüntelmann
Koksheide 7b
Telefon 4 33 16

Arbeiterwohlfahrt. Weil Hilfe immer nötig ist.